

18.05.2022

Rainbowflash in Hamburg in neuem Gewand Teilnehmende performten Regenbogenflagge vor dem Rathaus

Am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homo, Bi-, Inter und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) erinnern Menschen rund um den Erdball mit vielfältigen Aktionen an den 17.05.1990, der Tag, an dem die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel gestrichen hat. Seitdem gilt sie offiziell nicht mehr als Krankheit.

Dazu organisierte der LSVD Hamburg wieder einen Rainbowflash auf dem Rathausmarkt. In diesem Jahr schickten die ca. 300 Teilnehmenden aber keine bunten Luftballons in die Welt, sondern performten mit farbigen Pappen eine große Regenbogenflagge. Mit der Aktion sollte ein sichtbares Zeichen gesetzt und darauf aufmerksam gemacht werden, dass tagtäglich Menschenrechtsverletzungen an LSBTIQ* weltweit stattfinden.

Farid Müller, MdHB, sprach ein Grußwort.

Der LSVD Hamburg erinnerte daran, dass das nicht nur in den über 70 Verfolgerstaaten geschieht– in 11 Ländern droht die Todesstrafe für gleichgeschlechtliche Liebe, darunter in Katar, dem Austragungsländ der Fußballweltmeisterschaft 2022. Der Angriff gegen die LSBTIQ*-Community passiert auch direkt vor unserer Haustür durch rechtspopulistische Regierungen in Ungarn und Polen. Und in Deutschland werden jeden Tag Menschen angepöbelt, bedroht und angegriffen, weil die Täter*innen ihren Hass auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche und queere Menschen in Gewalt ausleben.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine macht deutlich, wie sehr die Menschenrechte unter Druck stehen – auch und gerade für LSBTIQ*. Putin bezeichnet seinen Krieg auch als einen Kampf gegen westliche „Entartung“ und Werte, die angeblich „gegen die menschliche Natur selbst gerichtet sind“. Autoritäre Regime fürchten nichts so sehr wie Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen. Die Demokratie wird die Auseinandersetzung am besten bestehen, wenn sie möglichst viele Menschen für ihre Werte der Freiheit und Selbstbestimmung gewinnt und diese Werte auch im staatlichen Handeln jederzeit zum Tragen kommen und damit von allen gelebt werden können. Dazu braucht es eine engagierte Politik, die den Schutz der Menschenrechte für LSBTIQ* zum integralen Bestandteil ihrer Arbeit macht.

Trans*- und intergeschlechtlichen sowie nichtbinären Menschen wird in Deutschland Selbstbestimmung immer noch massiv erschwert. Der LSVD wendet sich entschieden gegen Angstkampagnen, die Trans*Menschen als Feindbilder und Gefahr für die Gesellschaft phantasieren. Wir sehen im Kampf um Selbstbestimmung für nichtbinäre, trans*- und intergeschlechtliche Menschen die konsequente Fortsetzung feministischer, emanzipatorischer und der Freiheit verpflichteter bürgerrechtlicher Politik. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz ein. Das ist seit Jahrzehnten überfällig und duldet keinen Aufschub mehr.

Menschenrechte sind unteilbar und sie sind grenzenlos. Sie gelten für alle Menschen. Hier bei uns und überall auf der Welt! Deshalb fordert der LSVD die Bundesregierung auf, alles

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



in ihrer Macht Stehende zu tun, um verfolgte LSBTI Personen im Ausland zu schützen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu stärken. Gleichzeitig muss die Bundesregierung ihrer internationalen Pflicht nachkommen, bedrohte LSBTI in Deutschland aufzunehmen und Schutz zu bieten.

Die Ampel-Koalition hat einen queerpolitischen Aufbruch versprochen. Mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten zentralen Vorhaben für eine spürbare Verbesserung der Rechte von LSBTIQ* muss nun zügig begonnen werden.

Wanja Kilber berichtete über die aktuelle Situation unserer Partnerorganisationen in St. Petersburg sowie die Unterstützung für geflüchtete LSBTIQ* aus der Ukraine.

Die Aktion auf dem Rathausmarkt wurde von einem breiten Bündnis getragen über 80 Hamburger Initiativen und Organisationen hatten zur Teilnahme aufgerufen.

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.